

Ernährungssouveränität bringt es

Autor(en): **Goethe, Tina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **62 (2007)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891425>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ernährungssouveränität bringt es

Um die Ernährung weltweit auch in Zukunft zu sichern, braucht es eine bäuerliche Landwirtschaft und lokale Märkte – in Entwicklungs- wie in Industrieländern. Tina Goethe von Swissaid beschreibt nach ihrem Besuch am Weltforum Sélingué in Mali (vgl. k+p 1/07), was das für Schweizer Bäuerinnen und Bauern bedeuten muss.

Auf Holzfeuern bereiten die Frauen die Mahlzeiten für 500 Delegierte zu. Aus über 80 Ländern sind im Februar Bäuerinnen, Fischer, Hirten und Konsumentinnen nach Sélingué in Mali gereist, um fünf Tage lang über das Konzept der Ernährungssouveränität zu diskutieren. Für das erste Weltforum zu diesem Thema wurde eigens ein Dorf erbaut, das die malische Zivilgesellschaft künftig nutzen wird. Die Delegierten, ob aus Japan, Mosambik oder Chile, übernachteten jeweils zu sechst in den einfachen Hütten, die – wie auch die Mahlzeiten – aus lokalen Materialien und Produkten vor Ort hergestellt worden waren. Damit war das Weltforum selbst ein wegweisendes Projekt: Es war der Versuch, das zu leben, woberüber debattiert wurde.

Die Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit Swissaid hat das Forum finanziell unterstützt und in Mali an den Debatten teilgenommen. Der Kampf gegen den Hunger ist die Kernaufgabe von Swissaid. Und der kann erfolgreich nur gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern geführt werden, denn sie sind es, die die Welt ernähren. Doch die bäuerlichen Produktionsweisen stehen unter Druck: Weltweit sterben täglich 25 000 Menschen an Hunger; drei Viertel von ihnen leben auf dem Land. Die Menschen können von dem, was sie auf dem Land erwirtschaften, nicht leben.

Angesichts dieser dramatischen Situation ist ein Austausch unter Kleinproduzenten und die Entwicklung von alternativen politischen Strategien notwendiger denn je. In Mali beeindruckten die Erfahrungsberichte der Delegierten besonders: Sei es der Fischer aus Kanada, die Bäuerin aus Kolumbien oder der Viehzüchter aus dem Niger – sie alle kämpfen um ihre Existenz. Kun Hadim aus Indonesien produziert auf 3000 m² Orangen. Auf der benachbarten Palmölplantage eines Grossunternehmens wird so viel Wasser verbraucht, dass der Grundwasserspiegel sinkt und Kun Hadim seine Bäume nicht bewässern kann. Oder Karamoko Kané, Reisbauer aus Sélingué in Mali. Er kämpft gegen Reimporte aus Thailand und Vietnam. Mit rund 50 Rappen ist das

Kilo Importpreis ein Drittel billiger als der lokal produzierte – trotz Transportkosten und Steuern. Gemäss den in Mali anwesenden thailändischen Bauern machen dabei die Besitzer grosser Plantagen den Reibach.

Die lokale, bäuerliche Produktion kann nicht mit der industriellen Landwirtschaft konkurrenzieren, wie sie durch Freihandelsabkommen und der Welthandelsorganisation, von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds gefördert wird. Dabei verlaufen die Interessensgegensätze nicht zwischen Nord und Süd, sondern zwischen bäuerlichen und industriellen Produktionsmodellen. Die 500 Delegierten in Mali waren sich einig: «Unser Erbe und unsere Fähigkeiten, ausreichend gesunde, hochwertige Nahrungsmittel zu produzieren, sind bedroht.» Deshalb wird in der Abschlussklärung Ernährungssouveränität als oberstes politisches Ziel verabschiedet.

Ernährungssouveränität wurde von der internationalen Bauernbewegung «Via Campesina» am Welternährungsgipfel 1996 als politische Alternative zu einer neoliberalen Agrarpolitik vorgestellt.

Ernährungssouveränität bedeutet im Wesentlichen das Recht eines Landes, einer Region oder einer Gemeinschaft, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu bestimmen, ohne anderen dadurch Schaden zuzufügen. So ist es beispielsweise gerechtfertigt, den einheimischen Markt durch Zölle vor Importen zu schützen. Andererseits sind Exportsubventionen abzuschaffen, die das Dumping von Agrarprodukten im Ausland ermöglichen. Eine Politik der Ernährungssouveränität stellt die Produktion für den nationalen oder regionalen Bedarf in den Vordergrund. Es geht darum die eigene Bevölkerung zu versorgen.

Ernährungssouveränität darf jedoch nicht mit absoluter Selbstversorgung verwechselt werden. Internationaler Handel – auch mit Agrargütern – kann sinnvoll sein und ist in einigen Fällen unverzichtbar. Doch darf er weder zur ersten Priorität der Landwirtschaftspolitik erhoben werden, noch auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion für die eigene Bevölkerung oder der Umwelt gehen.

In vielen Ländern des Südens ist jedoch genau das der Fall: Grossflächige, wasser- und energieintensive Plantagen, die Blumen, Erdbeeren oder grüne Bohnen für den europäischen Markt produzieren, beanspruchen Ressourcen, die den kleinbäuerlichen Produzenten von Grundnahrungsmitteln nicht mehr zur Verfügung stehen.

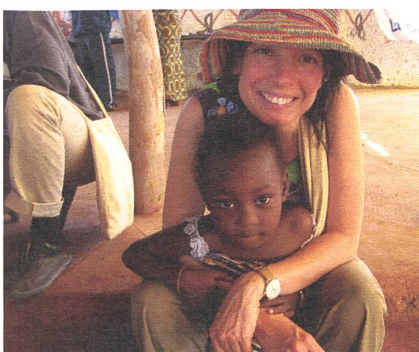
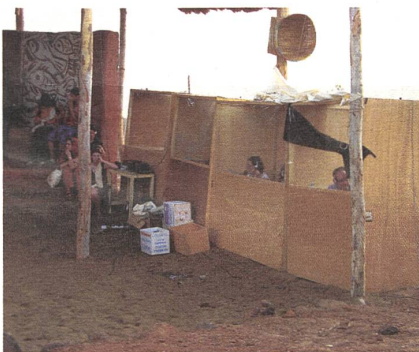
Für die Schweiz bedeutet dies aus entwicklungspolitischer Sicht, dass geprüft werden muss, welche (agrar-)politischen Massnahmen negative Auswirkungen auf die bäuerliche Produktion besonders in Entwicklungsländern haben. Exporte von Milchpulver oder auch die Abhängigkeit der Schweizer Tierproduktion von lateinamerikanischem Soja sind wichtige Bereiche.

Die Produktionssteigerung um jeden Preis ist keine zukunftsweisende Option, wenn Überschüsse im Ausland «verschleudert» werden müssen und die dortigen Produzenten unter Druck geraten. Wenn diese Produktion natürliche Ressourcen in Ländern des Südens verbraucht, wie die Sojaproduktion für hiesige Tiere, so ist die Bevölkerung armer Länder doppelt geschädigt. In Lateinamerika geht die Sojaproduktion zu Lasten der Nahrungsmittelherstellung und der Umwelt. Urwälder werden gerodet, Boden, Grundwasser und Menschen leiden unter massivem Pestizideinsatz.

Nahrungsmittel werden je nach geografischer und wirtschaftlicher Lage unter unterschiedlichen Bedingungen hergestellt. Es kann daher keine angemessenen, weltweit geltenden Referenzpreise für Agrarprodukte geben. Diese sind ein theoretisches Konstrukt, das in der Realität schwerwiegende soziale und ökonomische Schäden verursacht. Nahrungsmittelproduzenten müssen angemessene Preise für ihre Produkte erhalten, die die Produktionskosten decken. Nur 10 Prozent der Nahrungsmittel werden überhaupt international gehandelt – und doch bestimmen die internationalen Handelsregeln mehr und mehr die nationale Produktion.

Im Zentrum der Ernährungssouveränität steht damit die Stärkung lokaler und regionaler Produktions- und Vermarktungssysteme.

Fotos: Tina Goethe



Tina Goethe (viertes Bild) ist von der Einfachheit und gemeinsamen Kraft des Treffens in Mali beeindruckt und begeistert.

Das Vertrauen in lokale Produkte muss gestärkt werden. Damit einher muss eine Wertschätzung der Produzenten gehen, die sich in existenzsichernden Preisen ausdrückt. Das gilt für die Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern ebenso wie in der Schweiz. Es gilt, die eigene Landwirtschaft konsequent

nach ökologischen Kriterien auszurichten und die bäuerliche Landwirtschaft – gegenüber der industriellen Produktion – zu stärken. Transportwege sollen verkürzt und Technologien angewendet werden, die die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen. Nur wenn der Zugang zu fruchtbarem Boden, ausreichend Wasser und angepasstem Saatgut langfristig gesichert ist, können die bäuerlichen Produzenten ihre Existenz sichern.

Das gilt besonders für arme Kleinbauernfamilien in Entwicklungsländern. Über geistige Eigentumsrechte auf Saatgut, wie Patente auf gentechnisch veränderte Baumwolle, verlieren die Bauern das Nutzungsrecht am Saatgut und müssen jährlich Gebühren an die Patentinhaber bezahlen. Vor allem in Entwicklungsländern bedeutet das eine Entwertung der Bauern und Bäuerinnen. Denn die Mehrheit von ihnen hängt von der Wiederausaat des eigenen Saatguts ab.

Im Bereich Gentechnologie in der Landwirtschaft hat die Schweiz bewiesen, was Ernährungssouveränität bedeuten kann. Hier haben Bauern und Konsumentinnen selber bestimmt, was auf das Feld und den Teller kommt. In den meisten anderen Ländern ist es für die Zivilgesellschaft schwieriger, ihre Anliegen gegenüber den Interessen der Agrarkonzerne und der politischen Elite durchzusetzen.

Der einzige Weg zum Erfolg sind Allianzen über politische und nationale Grenzen hinweg. Der Einsatz für eine gentechfreie Landwirtschaft ist europaweit eng vernetzt. Er wird – wie die Gentechfrei-Initiative in der Schweiz – von Bauernverbänden, Konsumenten-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen getragen: Eine noch vor zehn Jahren undenkbare Koalition. Doch in diesen Allianzen liegt die Zukunft.

Zu diesem Schluss sind auch die Teilnehmer des Weltforums in Mali gekommen. «Wir engagieren uns, eine Bewegung für Ernährungssouveränität aufzubauen, indem wir Bündnisse schliessen, uns gegenseitig in unseren Kämpfen unterstützen und unsere Kraft und Solidarität allen zugute kommen lassen, die auf der Welt für Ernährungssouveränität eintreten» heisst es in der gemeinsamen Abschlusserklärung.

Tina Goethe

Die Abschlusserklärung des Weltforums in Mali und Hintergrundpapiere zur Swisaid-Kampagne «Hunger ist nicht Schicksal» finden Sie unter www.swisaid.ch

Biolandbau gegen Hunger

Anfang Mai veranstaltete die Welternährungsorganisation FAO eine Konferenz über Ernährungssicherung und biologische Landwirtschaft. Mit dabei auch das Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL.

Alle Aspekte der Ernährungssicherung – Verfügbarkeit und Zugang zu Lebensmitteln sowie Nachhaltigkeit und Erzeugung – wurden beleuchtet.

Fazit der FAO im Bericht an das UNO-Komitee für Ernährungssicherung: Der Biolandbau ist kein Luxus für reiche Länder, sondern trägt besonders in ärmeren Ländern nachhaltig zur Qualität und Sicherheit der Ernährung bei. Biologische Landwirtschaft kann durch Aufbau und Bewahrung der Bodenfruchtbarkeit und durch vielfältigen Anbau und Förderung der Biodiversität die Versorgung mit Lebensmitteln nachhaltig sichern.

«Es gibt allerdings noch viel Forschungsbedarf», sagte FiBL-Direktor Urs Niggli in Rom. «Wir benötigen beispielsweise mehr Informationen zum Management der Bodenfruchtbarkeit und zur Pflanzengesundheit oder zum gezielten Einsatz der Biodiversität im Pflanzenbau. Um dem Klimawandel besser entgegenwirken zu können, brauchen wir Züchtungsprogramme für Pflanzen, die sich besser an Low-input-Situationen in Böden anpassen können, sowie mehr Forschung zur schonenden Bodenbearbeitung.»

Gerade in Entwicklungsländern kann der Biolandbau eine wichtige Rolle für die Ernährungssicherung einnehmen: Biolandbau spart Kosten wegen des geringeren Betriebsmitteleinsatzes und bietet mehr Beschäftigung in Produktion und Verarbeitung.

Gleichzeitig kann er zur nachhaltigen lokalen Versorgung mit Lebensmitteln beitragen und eröffnet auch kleineren Marktteilnehmern Exportmöglichkeiten.

«Noch fehlt es jedoch an Vielem», erläuterte FiBL-Mitarbeiter Lukas Kilcher an der FAO-Tagung. «Es fehlt an Fachwissen über nachhaltige Anbautechniken und am Zugang zu landwirtschaftlichen Rohstoffen, speziell für den Biolandbau wie Saatgut und Kompost. Die heimischen Märkte entwickeln sich im Vergleich zu den Industrieländern nur langsam, und die Unterstützung durch die Regierungen ist oft unzureichend.»